

# Nachrichten aus dem *netz*



ZUSAMMENFASSUNG DER NEWSLETTER DES EUROPÄISCHEN ARMUTSNETZWERKS

N°104 | JAN.-FEB. | 2004

Leitartikel

## Alle Akteure auf der lokalen Ebene mobilisieren

**D**as Ziel dieser ersten Ausgabe von *Nachrichten aus dem Netz* im Jahr 2004 ist es, im Anschluss an die Ergebnisse der gemeinsamen Konferenz von EAPN und EURO CITIES in Athen und der Generalversammlung in Lille die Diskussion über *lokale Maßnahmen in der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung* zu vertiefen.

In einer Epoche der zunehmenden Globalisierung politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen sind es die Akteure und Maßnahmen auf lokaler Ebene, die eine wirkliche Chance zur Teilhabe für die Menschen bieten, die in ihrem täglichen Leben mit der harten Realität von Armut und sozialer Ausgrenzung konfrontiert sind. Die Artikel dieser Ausgabe machen deutlich, dass es die lokale Ebene ist, auf der Bedürfnisse festgestellt, innovative Methoden und Instrumente entwickelt und Partnerschaften auf verschiedenen Ebenen aufgebaut werden und, was am wichtigsten ist, den von Armut betroffenen Menschen durch partizipatorische Verfahren Gehör geschenkt wird und soziale Veränderungsprozesse ermöglicht werden. Und es ist hauptsächlich diese Ebene, auf der etwas gegen politische Desillusionierung, Entfremdung und Gleichgültigkeit unternommen werden muss.

In der Konsultationsphase für die zweite Runde der nationalen Aktionspläne zur sozialen Eingliederung ist klar geworden, dass die Mobilisierung aller sozialen Akteure auf der lokalen Ebene und die Entwicklung lokaler Aktionspläne ein notwendiger Schritt in allen Mitgliedstaaten ist, wenn die Zielsetzungen von Lissabon erreicht werden sollen.

Die Herausforderung für all diejenigen, die sich für soziale Solidarität einsetzen, besteht darin, die Erfahrungen und Ergebnisse aus lokalen Maßnahmen stärker in die regionale und nationale Politik, die europäische Strategieplanung und darüber hinaus in die globale Entscheidungsebene einzubringen. Das EAPN kann dazu einen Beitrag leisten.

M. Marinakou - EAPN-Präsidentin

## SCHWERPUNKT: BEKÄMPFUNG DER ARMUT AUF LOKALER EBENE

### INHALT

#### Lokale Strategien

- Global denken, lokal handeln! ..... 2
- Wege nach vorne ..... 2
- Die vier Stufen lokaler Maßnahmen .. 3
- Antwerpen – Solidarität in den Vordergrund stellen..... 4
- Das MRIE: ein Beispiel für lokale Partnerschaft ..... 4
- Tschechische Republik: lokale Aktionen für Menschen mit Behinderungen..... 5
- Die URBAN-Initiative..... 5
- Interview: "Wir müssen die ländliche Gesellschaft in einem neuen Licht sehen" ..... 6
- Das Projekt "LOCIN+": lokale Initiativen im Internet ..... 6

#### Nachrichten aus Frankreich

- Reform des Mindesteinkommens ..... 7
- EAPN Frankreich: lokal agieren, um die nationale Politik zu prägen.... 7
- Wie sieht die Politik zur Bekämpfung der Armut aus? ..... 8

**Wir wünschen allen Lesern  
von Nachrichten aus  
dem Netz ein glückliches  
Jahr 2004!**



## Global denken, lokal handeln

Diese Worte, die als Leitgedanke der Konferenzen der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung geprägt wurden, sind ebenso zutreffend für den Kampf gegen Armut und Ausgrenzung in Europa...

**H**inter "Global denken, lokal agieren" steht der Gedanke, dass globale Fragen nur von der lokalen Ebene ausgehend richtig angegangen werden können. Dieser Satz, der inzwischen zum allgemeinen Sprachgebrauch gehört, wurde 1972 auf einer UN-Konferenz über die menschliche Umwelt geprägt.

Er sollte den Menschen bewusst machen, dass der Kampf für eine bessere Umwelt im eigenen Zuhause beginnt. Die Förderung des lokalen Umweltschutzes hatte auch zum Ziel, geographische, klimatische und kulturelle Eigenheiten stärker in den Vordergrund zu rücken.

Offensichtlich ist dies ein Konzept, das sich ohne weiteres auf den Kampf gegen die Armut in der Welt und insbesondere in der Europäischen Union übertragen lässt. Deshalb war es auch ein zentraler Schwerpunkt der Aktivitäten des EAPN im Jahr 2003: zunächst Anfang des Jahres bei einer gemeinsamen Konferenz mit EURO CITIES (1), dann als Thema seiner 14. Generalversammlung in Lille vom 19. - 23. November 2003 (2).

Bei den ersten zwei Runden der nationalen Aktionspläne gegen soziale Ausgrenzung stand die Notwendigkeit im Vordergrund, die europäische Strategie durch lokale Behörden zu unterstützen, und zwar durch Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, z.B. den NRO, und Stärkung oder Entwicklung von lokalen Aktionsplänen zur sozialen Eingliederung.

### Die Herausforderungen der Dezentralisierung

Es ist klar, dass es kein Standardrezept für "Good Governance" (verantwortungsbewusste politische Führung) bei Maßnahmen gegen Armut und Ausgrenzung gibt. Während es in dezentralen Systemen schwieriger ist, eine nationale Strategie durch- und umzusetzen, ist es in zentralisierten Systemen wiederum schwieriger, lokale Strategien gegen Armut zu formulieren. Um die verschiedenen Regierungsebenen (national, regional und lokal) unter

einen Hut zu bekommen, sind rechtliche Vereinbarungen zur Verteilung von Funktionen und Zuständigkeiten bei der Koordinierung nationaler und lokaler Strategien zur sozialen Eingliederung notwendig. Diese Vereinbarungen müssen auch einen klaren Rahmen für die Bewertung und Finanzierung von Strategien gegen Armut setzen.

Auf jeden Fall muss die Dezentralisierung darauf ausgerichtet sein, Sozialschutzsysteme auszubauen und nicht, sie zu unterminieren. Die Politik der nationalen Regierungen muss stabile Sozialschutzsysteme garantieren, die durchsetzbare wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte für alle Menschen gewährleisten und sicherstellen, dass alle Menschen Zugang zu qualitativ hochwertigen sozialen Dienstleistungen und einem vernünftigen Einkommen haben.

**Dezentralisierung muss darauf ausgerichtet sein, Sozialschutzsysteme auszubauen und nicht, sie zu unterminieren**

Dies war ein zentraler Gedanke in den Redebeiträgen der französischen Regierungsvertreter bei der Eröffnungssitzung der Generalversammlung in Lille. Dominique Versini, "Secrétaire d'Etat" für die Bekämpfung von sozialer Prekarität und Ausgrenzung, erklärte, dass die Dezentralisierung in Frankreich Teil eines kon-

stitutionellen Prozesses ist, der die Aufgaben der lokalen und regionalen Regierungen festlegt sowie die Rolle des Staates als Garant dafür, dass alle Menschen nach dem Gesetz gleichgestellt sind. Sie führte das Beispiel des "revenu minimum d'activité (RMA, Sozialhilfe, die an einen Arbeitsvertrag gekoppelt ist zum Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt) (3) an, das von den "Departements" geregelt werden soll. "Das RMA basiert auf dem Prinzip, dass auch die Leistungsempfänger eine Verantwortung tragen. Darüber hinaus trägt es dazu bei, die Notwendigkeit zu verdeutlichen, dass der Staat durch eine größere Nähe zu den Menschen reformiert wird. Ab 2006 wird die Regierung alle drei Jahre einen Bericht darüber herausgeben, wie die einzelnen "Departements" mit den ihnen übertragenen Aufgaben zurechtkommen."

"Wir können das Ziel, wirtschaftliche Aktivität und Beschäftigung für die Sozialhilfeempfänger (Empfänger des sog. garantierten Mindesteinkommens "RMI") zu schaffen, nachvollziehen. Trotzdem gibt es im Zusammenhang mit dem RMA bestimmte Punkte, die nicht mit dem französischen Arbeitsrecht vereinbar sind", betonte Patrick Kanner, stellvertretender Präsident des Departements "Nord", und fügte ein Zitat von Martine Aubry, der Bürgermeisterin von Lille, hinzu: "Die Qualität einer Gesellschaft kann man

### Wege nach vorne

Das EAPN erkennt die Belange und spezifischen Aufgaben auf jeder Ebene des Kampfes gegen Armut und soziale Ausgrenzung an und respektiert sie, jedoch fordert es insbesondere die lokalen Behörden und Politiker auf, die folgenden Maßnahmen zu ergreifen:

- Entwicklung lokaler Aktionspläne zur sozialen Eingliederung in Absprache mit anderen Akteuren wie den NRO. Wo dies sinnvoll wäre, könnten auch regionale Aktionspläne erstellt werden;
- Wirksame Umsetzung der vierten Zielsetzung der europäischen Strategie - die Mobilisierung aller relevanten Akteure, einschließlich der NRO - auf lokaler Ebene durch Entwicklung, Umsetzung und Bewertung lokaler Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung;
- Durchgehende Beteiligung der von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen und der Organisationen, die mit ihnen arbeiten, um sie zu vollwertigen Akteuren bei der Entwicklung, Umsetzung und Bewertung lokaler Maßnahmen, die für ihre Belange durchgeführt werden, zu machen;
- Zeit und Ressourcen darauf verwenden, politische Entscheidungsträger auf lokaler Ebene in die nationalen und europäischen Strategien zur sozialen Eingliederung einzubeziehen.

daran messen, was sie für die verletzlichsten ihrer Mitglieder tut...".

### Das Recht auf Teilhabe

Wenn wir über lokales Handeln sprechen, sollte auch die Notwendigkeit betont werden, dass alle relevanten Akteure - einschließlich der direkt Betroffenen - in den Entscheidungsprozess auf lokaler Ebene miteinbezogen werden. In der auf der Generalversammlung angenommenen Abschlusserklärung forderte das EAPN, Teilhabe zu einem Recht zu machen und die Rolle der NRO anzuerkennen, indem ihnen ein konsultativer Status verliehen wird.

Ein Recht auf dem Papier hat allerdings keine Bedeutung, solange es nicht wirksam ausgeübt werden kann. Es müssen also klare Prinzipien, Rahmenbedingungen und Finanzierungsinstrumente geschaffen werden sowie eine Reihe von Maßnahmen ergriffen werden, um die Institutionen näher an die Betroffenen heranzubringen und die Kommunikation zu verbessern, insbesondere was die am meisten verletzlichen Gruppen angeht. Oder wie es Frau Versini zutreffend formulierte: *"Die Institutionen müssen sich ändern, um die Bedürfnisse der Betroffenen zu erfüllen, nicht umgekehrt!"*

Der politische Wille besteht nicht immer den Realitätstest... In seiner Rede in Lille brachte Jean Pierre Bultez, Vorsitzender von EAPN Frankreich, die Meinung vieler NRO zum Ausdruck, dass die derzeitigen Konsultationen *"minimal"* sind, auch in den zu diesem Zweck eingerichteten Gremien. *"Es muss noch einiges getan werden, um die Funktionsweise der Institutionen zu ändern. Ihre komplizierten Strukturen stehen der Entwicklung neuer, kollektiver Strategien oftmals im Wege"*.

### Ein breites Spektrum an Erfahrungen

Wie der lokale Ansatz im Umweltschutz sollte auch die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung sich stärker mit den vielfältigen Erfahrungen und Ursachen dieser sozialen Übel auseinandersetzen. So erfordern die spezifischen Probleme, mit denen Menschen in ländlichen Gebieten konfrontiert sind (insbesondere Probleme im Bereich Fischerei und Landwirtschaft), speziell darauf abgestimmte Maßnahmen. Die besonderen Probleme städtischer Gebiete und Bezirke mit ihren speziellen Bedürfnissen erfordern wiederum zielgerichtete Maßnahmen, die diesen Gegebenheiten Rechnung tragen. Ebenso werden auch die neuen Herausforderungen, die die EU-Erweiterung mit sich bringen wird, spezifische Lösungen verlangen.

### Erfolgsfaktoren

Konkrete Maßnahmen auf lokaler Ebene können im Rahmen einer Vielzahl von Programmen, Projekten und Initiativen ergriffen werden, wobei einige gebietsbezogen und andere wiederum zielgruppenbezogen sein können. Einige konzentrieren sich vielleicht auf Arbeitsmarktintegration, andere auf soziale Unterstützung oder lokale Wiederbelebung.

Auf der gemeinsamen Konferenz von EAPN und EUROCI-TIES wurden die Erfolgsfaktoren solcher Initiativen bestimmt:

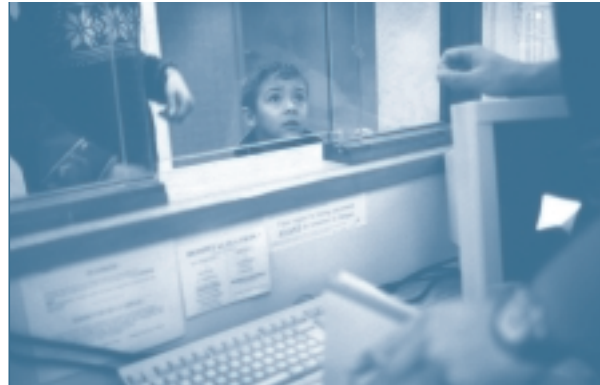
- Die erste Lektion des Erfolges lautet *'dort zu beginnen, wo die Menschen sind'*. Dies kann verschiedene Dinge bedeuten: auf der Kultur des Herkunftslandes aufbauen, bestehende kommunale Organisationen miteinbeziehen und die Prioritäten und Belange der jeweiligen Gruppen verstehen. Von Beginn an muss es eine stärkere Beteiligung der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen und der Organisationen, die mit ihnen arbeiten, geben sowie eine stärkere Institutionalisierung ihres Mitspracherechts.
- Erfolgreiche Initiativen haben politische Unterstützung und verfügen über adäquate Ressourcen. Im Allgemeinen stellen lokale Behörden die wesentlichen Partner und Geldgeber lokaler Integrations-Initiativen dar. Sie sind auch für die Koordinierung mit der regionalen und nationalen Regierung zuständig.
- Die Erfahrung und Fähigkeiten der lokalen Behörden mit denen der NRO zusammenzubringen, mit den von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen und Gemeinschaften zusammenzuarbeiten und ihre ungenutzten Fähigkeiten und Kapazitäten einzusetzen, kann zu wertvollen Synergien führen. Es ist wichtig, in Zusammenarbeit zu investieren.
- Schließlich ist es wichtig, die Erkenntnisse aus lokalen Initiativen in größere, städtische Initiativen und in die nationale Strategie zur sozialen Eingliederung einzubringen, um eine wirksame Integration der Maßnahmen und das *Mainstreaming* erfolgreicher lokaler Aktionen zu gewährleisten.

V. Forest

(1) *"The EU strategy for social inclusion: Making it Work at the Local Level"*, Athen, 28. Februar-1. März 2003. Der Bericht steht auf [www.eapn.org](http://www.eapn.org) zum Download zur Verfügung

(2) Siehe Abschlusserklärung *"Local Actions in the Fight against Poverty and Social Exclusion"* auf [www.eapn.org](http://www.eapn.org)

(3) Siehe Seite 7 und 8 dieser Ausgabe.



Das Sozialzentrum von Liège (Belgien), Referat für Obdachlosigkeit - Fotograf: Christophe Smets

## DIE VIER STUFEN LOKALER MAßNAHMEN

Auf der EAPN-Generalversammlung, die letzten November in Lille stattfand, erklärte Patrick Kanner, stellvertretender Präsident des Departements "Nord" (Frankreich), dass kommunale Maßnahmen in diesem Departement sich in einen vierstufigen Prozess gliedern:

1. Analyse der sozialen Bedürfnisse: einen Bestandsaufnahme der sozialen Verhältnisse im Departement vornehmen. *"Man kann keine Maßnahmen ergreifen, ohne zu wissen, was an der Basis tatsächlich vor sich geht"* betonte Herr Kanner.
2. Prioritäten für entsprechende sozialpolitische Maßnahmen festlegen. An dieser Stelle kommt die finanzielle Debatte ins Spiel. *"Man muss den Menschen erklären – auch denjenigen, die in Schwierigkeiten sind – dass man nicht alles auf einmal machen kann"*, fügte er hinzu.
3. Partnerschaft: um faire politische Entscheidungen zu gewährleisten, arbeitet das Departement partnerschaftlich mit den anderen Front-Akteuren zusammen, insbesondere mit Gemeinderäten, Gemeindezentren und dem gemeinnützigen Sektor.
4. Umsetzung: die Maßnahmen werden vor Ort umgesetzt, und zwar durch eine Dezentralisierung der Zuständigkeiten innerhalb des Departements, um den Belangen der Menschen durch lokale Lösungen zu begegnen.

## Das MRIE: ein Beispiel für lokale Partnerschaft

Das regionale Informationszentrum zum Thema Ausgrenzung (MRIE) bringt seit 1992 die relevanten Akteure zusammen, um Aktionen gegen Armut und Ausgrenzung in der Region Rhône-Alpes (Frankreich) zu unterstützen. Das Ziel ist, drei verschiedene Ansätze miteinander zu verbinden – den der Forschung und der Statistik, den der Akteure und Institutionen, die in der Bekämpfung der Ausgrenzung tätig sind, und den der persönlich Betroffenen, insbesondere den Ärmsten in der Gesellschaft.

Das MRIE wird vom Staat, der Region und den Departements der Region finanziert und erfüllt vier Funktionen:

- Beobachtung und Bestandsaufnahme der sozialen Verhältnisse, insbesondere durch einen jährlichen Bericht mit unterschiedlichen Beiträgen;
- Theoretisches Wissen vermitteln und Denkanstöße geben - mittels Berichten von Arbeitsgruppen (aktuelle Themen: die Arbeit mit den am meisten verletzlichen Gruppen, soziale Dienste, Zugang zu Rechten, Alltagsbewältigung, Kinder, Verhinderung von Ausgrenzung);
- Politischen Entscheidungsträgern und Akteuren bewusst machen, welche Herausforderungen die Bekämpfung der Ausgrenzung mit sich bringt und was in der Praxis unternommen werden sollte;
- Kommunikation durch verschiedene Mittel zur Informationsverbreitung, Outreach-Programme und lokale Treffen

Es ist eine Partnerschaft zwischen absolut Gleichberechtigten, zwischen Politikern und Fachleuten, Akteuren und Betroffenen. Jeder Standpunkt zählt gleich viel und jeder hat die Möglichkeit, seine persönliche Meinung zu äußern

Weitere Informationen unter:  
[www.mrie.org](http://www.mrie.org)

## Antwerpen – Solidarität in den Vordergrund stellen

In dieser Hafenstadt, wo Reichtum und Armut nahe beieinander liegen, setzen sich die NRO dafür ein, dass die von Armut betroffenen Menschen mitbestimmen können, wie die Stadt geführt wird.

In der Lange Stuivenbergstraat Nr. 54 steht das "Open Huis" (das "offene Haus"), ein Zentrum für Solidarität inmitten eines nördlichen Außenbezirks von Antwerpen, wo es außer Second-Hand-Läden kaum Handel gibt. Eine steile Treppe führt in einen großen Raum, in dem uns die Mitarbeiter des evangelischen sozialen Zentrums erwarten. "Es ist ein offenes Haus, weil jeder, der das möchte, hier bei einer Tasse Kaffee über seine Probleme sprechen kann, aber auch über Politik diskutieren oder einfach nur andere Leute treffen" erklärt uns der Koordinator des Zentrums, Wim De Weerd.

Die hauptsächliche gemeinnützige Arbeit besteht in der Ausgabe von Essen, aber die Mitarbeiter wissen, dass die Menschen nicht vom Brot allein leben. Daher führt das "offene Haus" eine ganze Reihe von Aktivitäten durch, die von individueller Hilfeleistung über kulturelle Veranstaltungen bis hin zu sportlichen Aktivitäten reichen, um den Menschen dabei zu helfen, ihre Würde wiederzuerlangen - "damit sie sich selbst beweisen können, dass sie etwas zu bieten haben", fügt Wim De Weerd hinzu. Ein wichtiges Anliegen des Vereins ist es, qualitativ hochwertige sportliche und kulturelle Aktivitäten anzubieten, um den Menschen dabei zu helfen, aus ihrer Isolation auszubrechen und sie dazu zu bringen, an Gruppenprojekten teilzunehmen, z.B. an einem Theaterstück, das auf ihren eigenen Lebenserfahrungen basiert.

### Erfahrungsaustausch und gegenseitige Unterstützung

Ein paar Kilometer entfernt tummeln sich Studenten in einem Viertel, das noch vor 20 Jahren ein Arbeiterviertel war, bevor sich die Universität hier niederließ, die Mieten in die Höhe trieb und viele Menschen zwang, in den erschwinglicheren, nördlichen Teil der Stadt zu ziehen. Das "Centrum Kauwenberg" unterstützt hier Familien (insbesondere Frauen und Kinder), die in dem Viertel geblieben sind oder später hierher kamen. In kleinen Gruppen tauschen die Frauen Erfahrungen aus und unterstützen sich gegenseitig. Individuelle Hilfe wird durch Hausbesuche geleistet.

Kulturelle und sportliche Aktivitäten sowie Feierlichkeiten schaffen Bindungen, insbesondere zwischen den Generationen. Der Verein versucht auch, Verbindungen mit lokalen Schulen zu knüpfen, um finanzielle und schulische Probleme zu lösen.

### Eine gemeinnützige kommunale Plattform

Das "Open Huis" und das "Centrum Kauwenberg" gehören beide zur Antwerper Plattform gegen Armut, die 1997 gegründet wurde. Sie vereinigt fünf NRO, die sich für das "Empowerment" von Menschen in Armut einsetzen. Sie wird von der Stadtverwaltung im Rahmen eines flämischen Regierungsprogramms finanziert und bietet einen offenen Kanal zu den lokalen Behörden, um den Betroffenen in Bezug auf Themen, die sie direkt betreffen, Gehör zu verschaffen, z.B. im Bereich Wohnung, Bildung, Beschäftigung, soziale Unterstützung, Kultur, Sport usw. Es wurde ein sechsstufiges Verfahren entwickelt:

- Bestimmung eines Themas;
- Erfahrungsaustausch;
- Bestimmung von Hindernissen, die beseitigt werden müssen;
- Partnerschaftlicher Dialog mit den entsprechenden Diensten und Behörden;
- Ausarbeitung und Vorlage von Empfehlungen;
- Diskussion mit den entsprechenden politischen Entscheidungsträgern.

### Dialog mit der Stadtverwaltung

Der Vorteil dieses Ansatzes besteht darin, dass die Behörden bereits während und nicht erst am Ende des Verfahrens einbezogen werden. Die vorgelegten Empfehlungen ergeben sich aus den Erfahrungen der persönlich Betroffenen, die sich dadurch respektiert fühlen und auf diese Weise schrittweise ihre Fähigkeiten entwickeln und ihre Würde wiedererlangen.

Die Stadtverwaltung hat eine Stelle eingerichtet, die die verschiedenen Dienste koordiniert und den Knotenpunkt zwischen diesen Diensten und dem gemeinnützigen Sektor darstellt. Dies beinhaltet die Organisation von Treffen zwischen den Beteiligten, die Weitergabe von Informationen zu den Projekten der NRO und die städtischen Einrichtungen von der Notwendigkeit zu überzeugen, auf die Stimme der Menschen, die von Armut betroffen sind, zu hören.

V. Forest

# Tschechische Republik: lokale Projekte für Menschen mit Behinderungen

Neben neun anderen Ländern wird die Tschechische Republik am 1. Mai 2004 Mitglied der EU. Im folgenden werden zwei lokale Projekte vorgestellt, die vom Phare-Programm der EU im Vorfeld des Beitritts finanziert werden.

**E**ine der verheerendsten Hinterlassenschaften des Kommunismus war das fehlende Bewusstsein der Öffentlichkeit für Themen wie soziale Einbeziehung und Integration. Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen wurden einfach von der Gesellschaft ausgegrenzt und isoliert (offiziell durfte es in der kommunistischen Ideologie keine sozialen Benachteiligungen geben). So wurden diese Menschen in staatlichen Einrichtungen "weggeschlossen", ohne direkten Kontakt mit der Außenwelt.

Viele dieser Einrichtungen (für ältere oder geistig oder körperlich behinderte Menschen) existieren immer noch. Die NRO bieten Alternativen zu den staatlichen Sozialdiensten.

Das Phare-Programme der EU, das im Vorfeld des Beitritts durchgeführt wird und durch die Civil Society Development Foundation verwaltet wird, hat solche ersten Modell-Lösungen und Pilotprogramme in erheblichem Umfang unterstützt. Im folgenden werden nur zwei Beispiele dieser Initiativen beschrieben. Es wäre wünschenswert, dass ähnliche bewährte Verfahren im Rahmen der Strukturfonds weiter gefördert, unterstützt und verbreitet werden.

## Individuelle Job-Beratung und Unterstützung

*Spolu* ("gemeinsam"), eine NRO in Olomouc, Zentralmähren, hat 16 junge Menschen mit Behinderungen durch einjährige Praktika den Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglicht. Diese Menschen hatten aufgrund ihrer Behinderung keine Berufserfahrung und hätten unter "normalen" Bedingungen keine Beschäftigung gefunden. *Spolu* machte Firmen ausfindig, die bereit waren, sie einzustellen. So wurden Arbeitsplätze gefunden in Banken, Supermärkten, Bahnhöfen, Büchereien, Kindergärten etc, wobei *Spolu*-Mitarbeiter bei alltäglichen Problemen und Situationen behilflich waren. Sie begleiteten sie auch bei ihrem Einstieg in den Arbeitsmarkt. Nachdem das Projekt ein Jahr gelaufen war, wurden fünf reguläre Arbeitsverträge unterschrieben, während andere Teilnehmer ihr Praktikum fortsetzten.

Die ersten Erfahrungen zeigen, dass die Suche von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen effizienter ist, wenn sie in der Praxis stattfindet, in einer realen Umgebung, und nicht von spezialisierten "geschlossenen" Institutionen oder Heimen aus. Zusammen arbeiten trägt zur Überwindung sozialer Barrieren bei und vereinfacht dadurch die soziale Integration.

## Eine Therapeuten-Gemeinschaft auf dem Lande

Diese Gemeinschaft, die ihren Sitz auf einem ehemaligen Bauernhof in einem pittoresken südböhmischen Dorf hat, wird seit Mai 2003 von der tschechischen Vereinigung für geistige Gesundheit CAPZ betrieben. Sie ist die einzige Gemeinschaft dieser Art im ganzen Land. Ihre Methodologien und Konzepte basieren auf dem niederländischen Modell. Elf junge Teilnehmer, die derzeit zusammen mit vier Therapeuten in dieser Gemeinschaft leben, konnten in den speziellen psychiatrischen Einrichtungen - oder gar in den Familien - in denen sie vorher lebten, kaum eine Arbeit finden. Hier, unter der Aufsicht der Therapeuten, eignen sie sich grundlegenden Fertigkeiten an und lernen, wie man sich um Nutztiere kümmert. Je nach ihrem persönlichen Rehabilitationsplan können sie Erfahrungen als Koch oder Tischler sammeln und ihre Leistungen und Gefühle jeden Tag mit ihren Kollegen und Therapeuten besprechen. Die Aufenthaltsdauer in der Gemeinschaft ist auf zwei Jahre begrenzt. Danach ist ihnen die CAPZ bei der Arbeitssuche behilflich.

Eine solche Gemeinschaft auf dem Land anzusiedeln, wo die Menschen oft sehr konservativ sind, war eine Entscheidung mit ziemlich unvorhersehbaren Konsequenzen. Jedoch entwickelten die Einheimischen, obwohl sie keine direkten Erfahrungen mit geistig Behinderten hatten, eine positive Haltung gegenüber der Einrichtung. Einige bieten den Teilnehmern sogar Teilzeitjobs an, für die die Gemeinschaft entweder finanzielle Unterstützungen oder Naturalien erhält. Im Gegenzug organisierten die Teilnehmer ein Konzert für die Dorfbewohner, denen es gefällt, dass ein neuer Wind in ihrer ländlichen Gesellschaft weht.

David Stulík

Civil Society Development Foundation (NROS), Prag

## URBAN: CAPACITY-BUILDING IN STÄDTISCHEN GEBIETEN

Die URBAN-Initiative ist das Instrument der EU zur Wiederbelebung städtischer Krisengebiete. Die zweite Phase der URBAN-Initiative (2000-2006) umfasst 70 Programme in der ganzen EU und betrifft ca. 2,2 Millionen Einwohner. Zwischen 2001 und 2006 wird die Europäische Union mehr als 728 Millionen Euro investieren, die aus einem einzigen Topf kommen, dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE). Die wichtigsten Ziele von URBAN sind: Verbesserung der Kenntniserweiterung auf kommunaler Ebene, Verbesserung der Teilhabe ausgegrenzter Gruppen, Stärkung und Erhalt von sozialen Unternehmen, Beseitigung von Beschäftigungshemmnissen und Verbesserung der Umweltqualität.

Eine Besonderheit der URBAN-Initiative sind die starken lokalen Partnerschaften. In den meisten Fällen wird die jeweilige lokale Behörde von kommunalen Gruppen beraten und arbeitet partnerschaftlich mit den nationalen/regionalen Behörden und der Europäischen Kommission zusammen. Ein weiterer interessanter Aspekt ist, dass es ein Netzwerk für die URBAN-Programme gibt (URBACT), um EU-weit Erfahrungen im Bereich der nachhaltigen städtischen Entwicklung austauschen zu können.

Eine der gewonnenen Erkenntnisse lautet, dass zusätzliche Hilfe für die Kenntniserweiterung auf lokaler Ebene wesentlich ist. Leider ist die Zukunft dieser Initiative (nach 2006) immer noch ungewiss...

Weitere Informationen finden Sie auf:  
[http://www.europa.eu.int/comm/regional\\_policy/urban2/index\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/regional_policy/urban2/index_de.htm)  
und [www.urbact.org](http://www.urbact.org)

## Das Projekt LOCIN+: Lokale Initiativen im Internet!

Das EAPN unterstützt ein Projekt mit dem Titel "Research and exchange on local initiatives to combat social exclusion through an Internet platform - LOCIN+" [Forschung und Austausch über die lokalen Initiativen zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung über eine Internet-Plattform – LOCIN+], das von der GD Forschung der Europäischen Kommission finanziert wird.

Das Ziel des Projekts ist die Weiterentwicklung einer bereits bestehenden Datenbank (LOCIN), die von der Kommission 1996 gestartet wurde, um eine Internet-Informationenplattform für alle Akteure zu schaffen, die in der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung tätig sind. Ein weiteres Ziel ist, lokale Initiativen und Studien mittels einer engen Partnerschaft zwischen verschiedenen Akteuren zu untersuchen und zu bewerten. Drittens soll durch die Website eine Verbindung zwischen den Akteuren des Forschungssektors, des NRO-Sektors und den staatlichen Behörden geschaffen werden und ein Netz aufgebaut werden, das auf allen Ebenen genutzt werden kann: der lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Ebene.

Die Entwicklung eines solchen Projekts beinhaltet die folgenden Punkte:

- Diskussion der Initiativen, die in der bestehenden Datenbank vorgestellt werden,
- Bestimmung neuer lokaler Initiativen (des gemeinnützigen Sektors, der Gewerkschaften, von Unternehmen oder lokalen Behörden),
- Aktualisierung von Informationen über nationale Maßnahmen,
- Sammlung von Studien, einschließlich Statistiken,
- Aufbau von Internet-Links zu anderen nützlichen Websites.

Sieben Länder sind an diesem Projekt beteiligt: Österreich, Belgien, Finnland, Deutschland, Italien, Portugal und das Vereinigte Königreich. Das zentrale Koordinationsteam wird vom EAPN gelenkt. Darüber hinaus gibt es in jedem beteiligten Land ein Team, das von dem jeweiligen nationalen EAPN-Netzwerk gesteuert wird.

Siehe die bereits bestehende Datenbank unter: <http://locin.jrc.it>

## “Wir müssen die ländliche Gesellschaft in einem neuen Licht sehen”

Interview mit Bruno Lachesnaie von der französischen Mutualité Sociale Agricole (MSA).

### Was ist die MSA?

Die MSA ist das Sozialversicherungsorgan der französischen Landbevölkerung – ungefähr 4,5 Millionen Menschen. Wir haben 18 000 Mitarbeiter, die für Beihilfen zuständig sind und ein breites Angebot an Sozialdiensten für Einzelpersonen und Gemeinschaften bieten. Diese Maßnahmen sind nicht nur auf Landwirte gerichtet, sondern auf die gesamte Bevölkerung im ländlichen Raum.

### Welche sind die wichtigsten Belange der ländlichen Gesellschaft von heute?

Der erste Punkt ist, dass wir die ländliche Gesellschaft in einem neuen Licht sehen müssen. Es wird oft fälschlicherweise davon ausgegangen, dass die ländliche Gesellschaft aufgrund traditioneller Formen von Solidarität - zwischenmenschliche Beziehungen und Subsistenzwirtschaft - frei von Armut ist. Die von der Regierung initiierte Forschung konzentriert sich auf Probleme in den Innenstädten. Die Probleme des ländlichen Raums bleiben unerkannt und stehen nicht auf der politischen Agenda. Sie werden im französischen nationalen Aktionsplan zur sozialen Eingliederung wie auch in den NAP Eingliederung anderer europäischer Länder nicht einmal erwähnt. Wir brauchen also ein besseres Verständnis der speziellen Merkmale und Probleme ländlicher Gesellschaften, damit sie von der Politik wahrgenommen werden.

Was wir ebenfalls dringend benötigen, ist eine neue Schwerpunktsetzung in der ländliche Gebietsplanung und –verwaltung im Hinblick auf Dienstleistungen, nicht nur was die wesentlichen öffentlichen Dienstleistungen angeht, sondern auch diejenigen, die notwendig sind, damit die Menschen umfassend abgesicherte Mitglieder der Gesellschaft werden und bleiben, wie Gesundheitsdienste, Unterstützung für ältere Menschen, Unterstützung und Integrationshilfen für junge Menschen im Bereich lebenslanges Lernen...

Schließlich ist es unbedingt erforderlich, dass wir die Möglichkeiten lokaler Gemeinschaften und die großartigen Fähigkeiten der ländlichen Bevölkerung zu aktivem Engagement nutzen, indem wir wirksame, auf dem Prinzip der Teilhabe basierende Verfahren entwickeln. Projekte funktionieren nur, wenn die Öffentlichkeit an ihnen beteiligt wird, und dies müssen wir auch in der städtischen Gesellschaft erreichen.

### Wie bringt die MSA die europäische Dimension in ihre Tätigkeit ein?

Wir beteiligen uns an verschiedenen europäischen Projekten. Beim "Pace Avenir"-Programm zum Beispiel koordinierten

wir zusammen mit unseren portugiesischen, deutschen und irischen Partnern die Diskussion und Erstellung eines Leitfadens zur Koordination lokaler Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung in ländlichen Gebieten. Informationen zu dem Projekt finden Sie unter [www.pace-rural.org](http://www.pace-rural.org).

Im Rahmen des Equal/ Inseco-Programms (zur nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Integration in der Landwirtschaft) und des "Pathways to inclusion"-Projekts setzten wir uns zusammen mit Österreich, den Niederlanden, Finnland und Ungarn mit dem Thema 'Integration im Hinblick auf die Fähigkeit der Betroffenen, selbst zu Akteuren zu werden' und der Frage, wie die verschiedenen Akteure koordiniert werden können, auseinander. Darüber hinaus arbeiteten wir im Rahmen des Projekts Cit'Emploi (Bürgerrechte und Beschäftigung) mit Italien und Spanien im Bereich Eingliederung im ländlichen Raum zusammen.

### Welche Ziele sollte die Europäische Union auf ihrer Agenda haben?

Die Europäische Union muss einen gemeinsamen Willen zur Bekämpfung der Ausgrenzung zeigen, was sie nicht kann, ohne sich mit dem Thema Eingliederung im ländlichen Raum zu befassen. Durch regionale Aktionspläne zur Eingliederung würde auch die ländliche Gesellschaft auf die Tagesordnung kommen. Alle Regionen haben zumindest zum Teil ländliche Strukturen. Auf regionaler Ebene tätig werden bedeutet auch, dass soziale Maßnahmen effektiv zusammengefasst werden können – und dies ist dort von Bedeutung, wo die Zentralregierung durch die Dezentralisierung leitende Befugnisse verliert.

### Und das EAPN?

Lokale gemeinnützige Maßnahmen sind oftmals ausschließlich auf städtische Gemeinschaften gerichtet. Das EAPN muss die Tatsache, dass Armut auch in ländlichen Gebieten existiert, anerkennen, indem es nicht nur mit anderen NRO zusammenarbeitet, sondern auch Verbindungen zu den entsprechenden Sozialversicherungsorganen aufbaut. Es gibt heute eine Tendenz, lokale Solidaritätsmechanismen aufzubauen und nationale abzubauen. Die Gefahr dabei ist, dass diese Konzentration auf die lokale Ebene im Hinblick auf den sozialen Zusammenhalt möglicherweise weniger effektiv ist und den Herausforderungen der Globalisierung nicht adäquat begegnen kann. Dies ist der Grund, weshalb die Hauptakteure im Bereich des sozialen Zusammenhalts ihre Kräfte vereinigen müssen.

Interview: Claire Champeix

## Reform der Sozialhilfe in Frankreich

Von Bruno Grouès, technischer Berater bei UNIOPOSS und Vize-Präsident von EAPN Frankreich

**I**n Frankreich wurde 1988 ein gesetzliches Mindesteinkommen (RMI) eingeführt. Das Gesetz garantiert jeder Person über 25 Jahren, die rechtmäßig in

Frankreich ansässig ist, ein bestimmtes Mindesteinkommen. Die derzeitige Rate für Alleinstehende beträgt 411 Euro im Monat, ist jedoch höher bei Personen mit Unterhaltsberechtigten. Jeder, dessen Verdienst unterhalb dieser Grenze liegt, hat Anspruch auf eine Beihilfe, um diese Differenz auszugleichen. RMI-Empfänger müssen im Normalfall eine Integrationsvereinbarung unterschreiben, die für beide Seiten bindend ist und Maßnahmen zur Integration in die Gesellschaft und/oder den Arbeitsmarkt beinhaltet.

Das RMI war ein wichtiger Fortschritt im sozialen Bereich und erfüllt seit 15 Jahren eine Schlüsselfunktion als Sicherheitsnetz. Die Integration der RMI-Empfänger hat sich allerdings als nicht ganz einfach erwiesen und in der Praxis schafft es nur jeder zweite, eine Integrationsvereinbarung zu unterschreiben. Um diese Situation zu verbessern, hat die französische Regierung einen Gesetzentwurf ins Parlament eingebracht, nach dem das RMI dezentralisiert und in die Zuständigkeit der "Departements" (Regierungsstufe zwischen Gemeinde und Region) überführt werden soll und eine an einen Arbeitsvertrag geknüpfte Sozialhilfe, das sogenannte "revenue minimum d'activité"-Mindesteinkommen (RMA), eingeführt werden soll. Die NRO sind davon nicht begeistert und befürchten, dass mehr Schlechtes als Gutes dabei herauskommen wird.

Da die Regierung mehr Sozialhilfeempfänger in den Arbeitsmarkt integrieren möchte, ist die Definition der Integrationsvereinbarung in dem Gesetzentwurf fast ausschließlich auf Beschäftigung ausgerichtet, was bedeutet, dass eine Person, die in Armut lebt und noch nie in der Lage war zu arbeiten oder eine Ausbildung zu machen, sehr wahrscheinlich ihren Anspruch auf das RMI verlieren würde. Die französischen NRO haben sich energisch gegen diesen Ruck in Richtung "workfare" ausgesprochen und das Parlament hat diese Pläne schließlich wieder entschärft: selbstverständlich kann eine Integrationsvereinbarung in Richtung Arbeit oder Ausbildung gehen, sie kann ihren Schwerpunkt aber auch auf Maßnahmen zur sozialen Integration haben (Wohnung, Gesundheit etc.).

Das Gesetz gibt den Regierungen der Departements absolute Befugnisse hinsichtlich des RMI - ohne jegliches Kontrollsystem oder Mindestgarantien. Die NRO haben es ver-

säumt, an dieser Stelle auf eine Änderung des Gesetzes zu drängen. Noch schlimmer aber ist die Tatsache, dass das Parlament die seit 1988 geltende Verpflichtung der Departements, einen Mindestbetrag für die Förderung der Eingliederung von RMI-Empfängern zu verwenden, abgeschafft hat. Zwar wurden diese Mittel nur lückenhaft eingesetzt, aber zumindest existierten sie. Jetzt können die Departements ohne weiteres ihre gesamten Haushaltsmittel für Straßen ausgeben und überhaupt nichts mehr für die Integration der Ärmsten in der Gesellschaft!

Der Gesetzentwurf der Regierung erkannte den NRO keinerlei Funktion bei der Verwaltung des RMI zu, obwohl sie eine Schlüsselrolle spielen. Nachdem sich die NRO für eine solche Funktion einsetzten, wurde sie ihnen schließlich durch das Parlament zugesprochen. Aber der Gesetzentwurf weist noch einen letzten Mangel auf: das Fehlen jeglicher Bewertungsmechanismen, durch die der Staat überprüfen kann, wie die Departements das dezentralisierte RMI-System an der Basis umsetzen. Die NRO konnten den von ihnen geforderten nationalen Begleitausschuss nicht durchsetzen.

Die Reform des RMI geht Hand in Hand mit der Einführung des RMA - der an einen Arbeitsvertrag gekoppelten Sozialhilfe. Im Rahmen des RMA können RMI-Empfänger von einem Unternehmen oder einer NRO für einen Zeitraum von höchstens 18 Monaten halbtags oder länger gegen eine Bezahlung, die knapp über dem RMI liegt, eingestellt werden. Dies spiegelt das Ziel der Regierung wider, die RMI-Empfänger "aus der Sozialhilfe heraus in den Arbeitsmarkt" zu bringen. Das Departement bezahlt einen Betrag in Höhe des RMI an den Arbeitgeber, der noch eine kleine Ergänzungszahlung zuschießt. Anders ausgedrückt handelt es sich hier um billige Arbeitskräfte für die Arbeitgeber. Die NRO verurteilen dieses System, das sie als "McJob"-Arbeitsbeschaffung bezeichnen, da diese Arbeitskräfte keinen richtigen Arbeitnehmerstatus haben werden. Und was noch wichtiger ist, sie werden nur in sehr begrenzten Umfang sozialversichert sein, sowohl was Arbeitslosigkeit als auch die Rente angeht. Ein Jahr Arbeit ergibt einen Rentenanspruch, der nur drei Monaten Beschäftigung entspricht! Das bedeutet, dass RMA-Empfänger nur ein Viertel des Sozialschutzes der anderen bekommen. Ein Gesetz, das auf Menschen gerichtet ist, die bereits am Rande der Armut sind, verschlimmert ihre unsichere Lage noch, wenn man ihnen nur einen beschränkten Sozialschutz gewährt!

Die NRO halten dies für unannehmbar. Ein weiterer

## EAPN IN FRANKREICH LOKAL AGIEREN, UM NATIONALE MAßNAHMEN ZU PRÄGEN

EAPN Frankreich umfasst ca. 30 lokale Netzwerke, die in Städten oder über mehrere Departements hinaus aktiv sind, um zwischen den verschiedenen Gruppen, die sich für soziale Eingliederung einsetzen, eine gemeinsame Initiative in Gang zu bringen.

Vor zehn Jahren vereinigten 40 NRO ihre Kräfte zu dem nationalen Bündnis ALERTE, um gemeinsam Einfluss auf die politische Agenda der Regierung zu nehmen. Ihr gebündelter Einfluss war entscheidend bei der Abstimmung über das Gesetz gegen Ausgrenzung im Jahre 1998 und über die universelle Krankenversicherung und Wohnraumversorgung im Jahre 1999.

Diese Erfolge an der legislativen Front bleiben jedoch unter zwei Aspekten ungewiss:

- Gesetzgebung und Vorschriften bestimmen zwar die Vorgehensweise der öffentlichen Verwaltung, trotzdem müssen die Front-Akteure die öffentlichen Akteure ständig überwachen und regelmäßig Rechenschaft von ihnen verlangen, um sicherzustellen, dass die Gesetze und Vorschriften vollständig und richtig angewendet werden, damit das tägliche Leben von Menschen, die Ausgrenzung erleben, verbessert werden kann.
- Veränderungen in der Regierung können hart erarbeitete Erfolge gefährden. Die neue "workfare"-Politik im Rahmen des RMA (siehe gegenüberliegende Seite), die Kürzungen im sozialen Wohnungsbau und die Diskriminierung beim Zugang zu Fürsorge sind dringende Alarmzeichen.

*MM Hilaire*

*Französisches Mitglied des EAPN-Exekutivsausschusses*

Mangel ist, dass das Gesetz keine detaillierten Vorschriften hinsichtlich Unterstützung und Ausbildung enthält. Darüber hinaus gibt es keinen richtigen Schutz gegen die Gefahr, dass die Regelung von Unternehmen als "Blankoscheck" betrachtet wird, um an billige RMA-Arbeitskräfte zu kommen, anstatt Mitarbeiter zum tarifgebundenen Mindestlohn SMIC einzustellen. Es besteht das große Risiko eines Verdrängungseffekts, der die Ressentiments von Niedriglohneempfängern gegenüber den Ärmsten in der Gesellschaft nur noch verstärkt und damit politischen Extremismus anfährt.

Es ist daher zu befürchten, dass die Reform des RMI, die einen sozialen Fortschritt hätte darstellen können, in Wirklichkeit einen Rückschritt bedeutet. Die von den NRO gegründete Gruppe *Alerte* hat dem Premierminister bei einem Treffen am 15. Dezember letzten Jahres zusammen mit anderen Anliegen ihre Einwände gegen dieses Gesetz vorgelegt. Leider zu spät – das Gesetz wurde am 10. Dezember in letzter Lesung vom Parlament gebilligt.

## Wie sieht die Politik zur Bekämpfung der Armut aus?

### Die französische Politik zur Bekämpfung von Armut umfasst drei wesentliche Gesetze:

1. Das Gesetz von 1988, mit dem das garantierte Mindesteinkommen RMI eingeführt wurde (siehe vorangehender Artikel).
2. Das Gesetz (allgemeine Grundsätze) gegen Ausgrenzung von 1998. Dieses Gesetz beinhaltet eine Reihe von Maßnahmen gegen Armut an vielen Fronten. Das allgemeine Leitprinzip ist jedoch in § 1 niedergelegt: *"Die Bekämpfung der Ausgrenzung ist eine nationale Verpflichtung, die sich auf dem Respekt für die gleiche Würde aller Menschen gründet und bildet einen Schwerpunkt in allen nationalen Politikbereichen. Der Zweck dieses Gesetzes ist es, landesweit und für alle Menschen den wirksamen Zugang zu Grundrechten in den Bereichen Beschäftigung, Wohnraum, Gesundheitsschutz, Rechtsprechung, Bildung, Ausbildung, Kultur sowie Familie und Kinder zu garantieren"*. Dieses Gesetz wurde von den NRO gefordert und stellt einen großen Fortschritt dar. Es ist der Fahrplan, dem alle Regierungen in dieser Frage folgen müssen.
3. Schließlich das Gesetz von 1999, mit dem die universelle Krankenversicherung eingeführt wurde. Es garantiert kostenlose Gesundheitsversorgung für fünf Millionen Menschen mit Niedrigeinkommen (6798 Euro pro Jahr für eine alleinstehende Person).

Alle drei Gesetze sind hervorragend, aber sie reichen nicht aus. Das Gesetz von 1998 wird nicht ausreichend und nicht richtig angewendet. Vor allem stehen nicht genügend Mittel zur Verfügung, um allen Menschen wirksamen Zugang zu Beschäftigung und Wohnraum zu verschaffen (es fehlen eine Million Sozialwohnungen). Aus diesem Grund leben in Frankreich immer noch vier Millionen Menschen - 6% der Bevölkerung – in Armut (französischer Standard, 50% des medianen Einkommensniveaus).

Wie bereits erwähnt wurde, soll diese vorwiegend staatlich definierte politische Landschaft durch die geplante Dezentralisierung der Sozial- und Integrationspolitik, die derzeit dem Parlament vorliegt, radikal verändert werden. Es bleibt die Frage, ob lokale Politiker den Armen mehr Beachtung schenken werden als der Staat.

*Bruno Grouès*



© *Beweging van Mensen met Laag Inkomen en Kinderen vzw*  
([www.armenaanhetwoord.be](http://www.armenaanhetwoord.be))

Das EAPN setzt sich für eine Gesellschaft ein, in der jeder das Recht auf Eingliederung hat.

N°104  
Januar-Februar 2004

Erscheint in Deutsch,  
Englisch, Französisch,  
Italienisch und Spanisch

Herausgeber  
F. Farrell

Redaktion  
V. Forest

Rue du Congrès 37-41 bte2  
B-1000 Brüssel  
tel. 32 2 230 44 55  
fax 32 2 230 97 33

E-mail: [team@eapn.skynet.be](mailto:team@eapn.skynet.be)

Internet: <http://www.eapn.org>

In Zusammenarbeit mit

P. Brandellero  
C. Champeix  
C. Nolmans  
C. Fonseca

Bureau de dépôt  
1600 Sint Pieters Leeuw 1



Mit der Unterstützung  
der Europäischen Kommission

Surfen Sie zu uns unter **WWW.eapn.org**